

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden-Dresdner Nachrichten
Gesamtausgabe 25 241.
Aus für Nachdruckrechte: 2001.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Drucken und Verbreiten bei möglichst günstiger Auftragung oder durch die Post
im täglich zweimaligen Verlauf monatlich 5,- M., dientlich 10,- M.
Die einfache 2-malige Ausgabe 5,- M. für Familienabonnementen unter
2000,- Mark. Abonnement, Umlauf 100,- Mark. Vorzugspreise leicht
zu erhältlichen. Preisliste auf Anfrage.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marienstraße 58/59.
Druck u. Verlag von Stegeli & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Amt 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unerlaubte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Trauertagung des Reichstags über Oberschlesien.

Annahme des Genfer Abkommens.

Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und der Kommunisten.

Berlin, 30. Mai. Auf dem Reichstaggebäude wehen die Flaggen halbmast. Vor der Mitteltribüne des Thungsaals hängt ein großes Banner in den weiß-gelben schlesischen Farben mit dem schlesischen Adler herab. Zu beiden Seiten sind schwarze Trauerbänder befestigt. Am Regierungstheft: Reichskanzler Dr. Wirth, Reichskommissar Schäffer, Dr. Rathenau, Bismarck-Bauer u. a. — Auf der Tagesordnung der Vormittagssitzung liegen das in Genf geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien, ferner die Abkommen mit Polen über den Friedensvertrag, über die Überleitung der Reichsstraße im oberschlesischen Abstimmungsgebiete und über die Grenzübergangsstädte. Die erste Lesung der Vorlage vollzieht sich ohne Ansprache.

Zur zweiten Lesung berichtet Abg. Goeths (D.-R.) über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses über das deutsch-polnische Abkommen. Das Abkommen beruht auf der Entscheidung der Reichsstaatkonferenz vom 20. Oktober v. J. die

von allen Parteien als ein Bruch des Friedensvertrages bezeichnet

wurden. (Sehr richtig!) Redner dankt namens des Ausschusses dem Präsidenten Galonier für die Unparteilichkeit und Sachlichkeit, mit der er die Beratungen geführt hat, sowie den Mitgliedern der Kommission für ihre mühselige Arbeit. Das Wichtigste ist, der Staat der nationalen Minderheiten. Wir rufen den abgetrennten Deutschen zu: Ruhjt die mäßigen erworbenen Rechte im deutschen Sinne aus! (Beifall.) Bei dem Schiedsgerichtsurteil ist alles geschafft, um zu verhindern, dass hier ein neues Saargebiet entsteht. Der Auschluss hofft, dass bei dem Übergang endlich auch die Regelung der Staatsbürgerschaft erfolgt. Wir bleiben mit den abgetrennten deutschen Brüdern innerlich aufs festeste verbunden! (Beifall.) Der Ausschuss hat gegen drei Stimmen beschlossen,

Die Rechtsverwahrung

hier im Hause gleichfalls zu wiederholen. Sie lautet: „Der Reichstag tritt anderthalb der Erklärung bei, die der deutsche Bevölkerung, Minister a. D. Schäffer, vor der Unterzeichnung des Vertrages in Oberschlesien am 15. Mai 1922 in Genf in bezug auf die Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Reichsstaatkonferenz vom 20. Oktober 1921 abgelehnt hat.“

Reichskommissar Minister a. D. Schäffer

empfiehlt im Auftrage der Reichsregierung dem Reichstage schweren Herzschlag, das vorliegende deutsch-polnische Abkommen zur Annahme. Nicht als ob ich nicht in der Lage wäre, sagt Redner, aus voller Überzeugung für den Vertrag selbst einzutreten, das kann ich mit gutem Gewissen. Er ist gewiss nicht vollkommen. Es ist nicht überall gelungen, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes zu schützen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob es möglich ist, eine solche Wunde, die durch einen so brutalen Eingriff in das Wirtschaftsleben eines Landes geschlagen worden ist, durch Paragrafen und Artikel zu heilen. (Sehr richtig!) Ich hoffe es für sehr leicht möglich, dass die vielen Maschen durch Zusagen beseitigt werden, um durch sie hindurchzuschlüpfen und ihr unlauteres Gewerbe auszuüben.

Über diese Mängel liegen in den Voranschriften des Vertrages.

(Zustimmung.) Innerhalb der uns gegebenen Grenzen des und getroffenen Abwuns glaubt ich jedoch, sagen zu können, dass im großen und ganzen das Erreichbare auch erreicht worden ist. Die beteiligten Kreise schließen sich dieser Ansicht selber an. Ich habe bereits in Genf darauf hingewiesen, dass die Fazit ablehnen werden muss, als ob durch diesen Vertrag die Begegnung ausgeschlossen werden könnte. (Sehr gut!) In dem ersten Vorschlag zum Friedensvertrag war Oberschlesien ohne weiteres an Polen zugestellt. Diesen Standpunkt konnte die Ukraine nicht aufrechterhalten. Sie genehmigte die Abstimmung, allerdings in der sichereren Erwartung, dass die Abstimmung ihrem ersten Wahlvorschlag entsprechen würde. Diese Erwartung hat getrogen. Die Deutschen haben eine übergewogene Mehrheit der Stimmen erzielt. In der dann vom Volksrat eingesetzten Kommission lagen Mitglieder, die von Oberschlesien keine Abstimmung hatten. Das ist ein Sohn auf die neue Lände von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man teilte Oberschlesien, bekannt ist aber im selben Augenblick zu der Einheit, in dem man das, was zerstört war, nun wieder zu einer Einheit zusammenfassen wollte. Nicht der kleinste Teil des Jammers ist der, dass wir mit Hand anlegen mussten, um den Schlussstein zu diesem ganzen Bau zu legen. Ich glaube nicht, dass sich sehr viele von denen, die dafür verantwortlich sind, heute sehr wohl fühlen. Uns hilft das aber wenig; wir müssen den Fleisch bis zu Ende leeren.

Das große Werk der Volksveröffentlichung darf nicht zum Deckmantel für neues Unrecht werden.

(Lobh. Zust.) Wir können uns den Luxus fortgesetzter Nbelungen, fortgesetzter Feindseligkeiten und der Erhöhung unserer Kräfte in solchen Nbelungen nicht gestatten. Deshalb wünsche ich, dass, nachdem eine Erklärung gelungen ist, auch weiter die Beziehungen sich in einer für beide Teile, besonders für das Wirtschaftsleben, günstigen Weise entwickeln. Insfern ist dieser Vertrag die Basis zu einer weiteren Entwicklung. Sondern aber ist er die Basis, durch die unsere deutschen Volksgenossen hindurchgehen müssen. Ihnen rufe ich zu: „In wenigen Wochen wird der Schlagbaum niedergehen, der einen Teil Oberschlesiens von uns trennt, aber in Oberschlesien kann die Arbeit nicht eine Minute ruhen. Das Schwunzbad der Arbeit muss im Gange bleiben. Ihr sollt Euch

müssen, wie Ihr es getan habt, um Oberschlesiens Blüte anztreten zu erhalten. Mit diesem Vertrag in der Hand sollt Ihr weitermachen für Oberschlesien, sollt Ihr dafür sorgen, dass Euer altes, gutes Volkstum auch erhalten bleibt! (Beifall.)

Abg. Szczepanić-Mikolai (Oberschlesien, S.): Gestatten Sie mir

einige Worte des Abschiedes

in diesem Augenblick und an dieser Stelle. Wir haben aus Österreichs Liebe in dem Bewusstsein, damit dem Wohle ganz Oberschlesiens zu dienen, für Deutschland gestritten. Das Genfer Doktor hat den Willen der deutschen Mehrheit wiedergeschafft und Oberschlesien, den lebendigen einheitlichen Organismus, geschenkt. Über 400 000 deutschstämmige Oberschlesiener sind durch eine militärische gezogene Grenze aus der natürlichen Verbindung losgerissen. Schweren Herzens nehmen wir Abschied von Deutschland, dem wir unsere Kultur, dem wir alles verdanken! Wir werden dem neuen Staat gegenüber unsere Pflicht erfüllen. Das vorliegende Abkommen entspricht dem Zwecke der Notwendigkeit. Seine Ablehnung würde verhängnisvoll folgen haben. (Lebh. Beifall.)

Abg. Ulrich (S.): erklärt namens der Zentrumspartei, diese werde für die Ratifizierung des deutsch-polnischen Staatsvertrags stimmen. Darin liegt aber kein Anerkenntnis des Doktors von Genf.

Die in Genf getroffene Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsvorschlag, politisch eine Unruhe und wirtschaftlich ein Verbrechen.

Wir sind überzeugt, dass das Verbleiben der Deutschen in Oberschlesien das wirklaste Mittel sein wird, die Lage unserer Brüder in Oberschlesien günstig zu beeinflussen.

Reichskanzler Dr. Wirth

bant den Vertretern, die im Auftrage der Reichsregierung die Verhandlungen in Genf geführt haben. Es war eine harde bittere Aufgabe, die jeden Patrioten gewiss manchmal das Herz gerissen hat. Sie haben sich von dem Gedanken lassen, dass in Mittel-Europa Ruinen genau geschaffen sind und dass es jetzt gilt, die Volksräte schonend zu behandeln und Schützlinge wieder aufzubauen. Das sie dabei die Rechte des deutschen Volksstums, die Sicherungen der sozialen Errungenschaften für die oberschlesische Arbeiterschaft wahren haben, dafür wird ihnen gewiss nicht nur das deutsche Volk, sondern sämliche Völker Mittel-Europas, ja ganz Europa als innerwährenden Dank versprechen sein. Wir müssen aber den Dank ausschönen auf die Freiheit der oberschlesischen Bevölkerung. Es ist ein mahlos Leid, es ist ein Leidwesen geworden, der hervorgegangen ist aus dem Verfallen Vertrag, der sich hier nicht als ein Friedensvertrag, sondern als ein Vertrag des Kampfes erwiesen hat. (Sehr richtig!) Die oberschlesische Bevölkerung hat im Laufe dieser Jahre eine Geduld an den Tag gelegt, für die es eine ausreichende Anerkennung nicht gibt. Gewiss hat die oberschlesische Bevölkerung an dem Tage, wo zu Unrecht und mit Gewalt Oberschlesien in die Hände Polens geliefert werden sollte, wie es natürlich recht war, ihre Heimat mit der Waffe in der Hand verteidigt. (Lebh. Beifall.) Ihre denen, die im Kampfe für die heimatliche Erde gefallen sind. (Beifall.)

Um dem Frieden in Mittel-Europa zu dienen, um nicht neue Verhandlungen ohne Zahl an schaffen, darf ich Sie jetzt bitten: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu, den Sie vorliegt. Die oberschlesische Bevölkerung wünscht es, sie will nicht in neue Katastrophen hinein, sie will das, was sie jetzt resten. Es ist uns sehr schmerlich, dass sie Kollegen aus unserer Mitte scheiden müssen.

Ich danke in Ihrem Namen dem Kollegen Szczepanić für sein mutiges Bekennen zum deutschen Volkstum, und zwar bringe ich ihm nicht nur den Dank der deutschen Volksvertretung, sondern auch den der Reichsregierung zum Ausdruck. (Lebh. Beifall.) Er hat mutig ausgehalten auf seinem Platz, er hat manches schwärmische Wort über sich ergehen lassen. Er hat aber als deutscher Staatsbürger seines Vaterlandes, seiner Heimat und seinem Volkstum so gehandelt, dass er nur ein Beispiel sein kann für alle seine Brüder. (Ausz. Zustimmung.) Bei einem neuen Staatsverbande angehören, wird diesem dienen, wie es seine staatsbürgerliche Pflicht ist. Aber das kann niemand diesem Volkstum wehren, dass es seine einzige deutsche Zusammengehörigkeit pflegt über alle Zeiten hinweg. (Beifall.) Das wollen wir hoffen. In diesem Saale ist ja heute ein anderes Zeichen angebracht für die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit der deutschen Einheit. Sie darf niemals im deutschen Herzen erloschen und nutzlos werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Seiden (Mecklenburg): Das Abkommen ist die Konsequenz eines Beschlusses, der wider jede Vernunft und widerrechtlich gefasst worden ist. (Zustimmung.) Aber er zeigt uns, wie der Kapitalismus (Kapital und große Erzeugung) und wie insbesondere der Siegesszug Imperialismus handelt, wenn er die Macht hat. In diesem Sinne führt die Rednerin, häufig durch Lässen unterbrochen, fort: Wenn ich eine Volksstelle, die bereits viele hundert Jahre dem Deutschen Reich angehörten, und verlassen müssten, werde bemühen, dass es in 100 Jahren nicht gelungen sei, die Einigkeit dieser Bevölkerung zu gewinnen. Der Beweis dafür ist das Ergebnis der Abstimmung. (1)

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums verlassen bei diesen Aussprüchen bis auf einige wenige den Saal.

(Die Kläne rufen ihnen nach: Eure Schande wollt Ihr nicht hören!) Die Rednerin wandte sich schließlich gegen die Abstimmungen über die Tarifverträge, stimmte aber im übrigen dem Abkommen zu und schickte mit der Aussforderung an die deutschen und polnischen Arbeiter zu gemeinsamem Kampfe gegen das internationale Kapital.

Abg. Hergt (D.-R.) gibt namens der Deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir erkennen an, dass der Vertrag über die Regelung der Verhältnisse in Oberschlesien eine Gestalt erfahren hat, bei der sowohl sich die Verhältnisse übersehen lassen, das Interesse der oberschlesischen Bevölkerung und des deutschen Reiches im Blaue gewahrt worden ist, als es unter den gegebenen Umständen erreichbar war. Die durch den Vertrag geöffnete Regelung ist gleichwohl wegen grundsätzlicher Bedeutung unzureichend. Ihre Grundlage ist die rechtswidrige Entscheidung des Obersten Rates vom 21. Oktober 1921, die in gleicher Weise dem durch die Abstimmung befundeten Willen der Bevölkerung, wie den natürlichen Lebensbedürfnissen des Landes Sohn spricht und niemals von uns erkannt werden kann.

Unbeschadet der Bewertung des vorliegenden Vertrages im einzelnen muss eine Grundlage in ihrer Gesamtwirkung für Oberschlesien und seine Bevölkerung wie für das Deutsche Reich und Preußen sehr vernichtende Folgen haben, dass damit im Ausmaß auch die Vertragbestimmungen selbst als unannehmbar erachtet werden. In klarer Erkenntnis dessen haben wir bei der Reichstagssitzung vom 26. Oktober 1921 der Entscheidung der Unterhändler in den Verhandlungen über diesen Vertrag widersprochen. In Bezug auf unser damaliges Verhalten werden wir daher auch gegen die Annahme des Vertrages durch den Reichstag stimmen. Dem gemeinsamen Antrag des Auswärtigen Ausschusses stimmen wir zu, ebenso aber weiter. Die Lösung des oberschlesischen Landes vom Deutschen Reich kann niemals an einem dauernden Staatszusammenschluss werden. Sie ist eine Gewalttat. Mit jedem Einschub und jeder Ausnahme muß das deutsche Volk das Ziel verfolgen, diesen Vorgang rückgängig zu machen und die wider ihren Willen der polnischen Fremdherrschaft unterworfenen deutschen Brüder und Schwestern ihrem deutschen Vaterland wieder zurückzuführen. Ihnen, von denen wir keine bewegten Herzen Abstand nehmen müssen, rufen wir zu, dass wir Ihnen die Treue halten und nicht rüben werden, bis der genannte Teil des für ewig ungeliebten und deutschtadelnden oberschlesischen Landes wieder mit der deutschen Heimat verbunden ist. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Steinbaben (D.-R.) gibt namens der Freikirche der Deutschen Volkspartei eine ähnliche Erklärung ab. Diese weist darauf hin, dass die Volksabstimmung nach 1½-jähriger Ostspaltung Oberschlesien, wie die deutsche Bevölkerung durch französisch-polnischen Terror schwer gedrückt und den Wahlkampf erheblich in ungünstigen Umständen beeinflusst wurde. Trotzdem war das Ergebnis der Volksabstimmung ein überzeugendes Zeugnis zum Deutschen. Dem Völkerbund blieb es vorbehalten, im Wiederaufbau des klar erkennbaren Willens der oberschlesischen Bevölkerung das deutsche Land in einstelliger Belebung der polnischen Ansprüche widerrechtlich zu zerreißen. Der wertvolle und lebenswichtige Teil des deutschen Oberschlesiens ist einfach verschwunden. Weiter besagt die Erklärung, dass der von dem deutschen Bevölkerungswillen vor der Unterzeichnung des Vertrages in Genf eingelegten Rechtsverwahrung auch die Deutsche Volkspartei ausstimmte.

Sie lehnt darüber hinaus infolge richtiger Beibehaltung ihres Standpunktes vom 26. Oktober 1921 es ab, den aus dem Doktor der Reichsstaatkonferenz entstandenen Vertrag vom 15. Mai 1922 Zustimmung zu erteilen, um noch einmal vor aller Welt und insbesondere gegenüber dem für die Bevölkerung am deutschen Volke und deutschem Lande verantwortlich zu Machenden eindringlich und füllig darauf hinzuweisen, dass hier ein Urteil begangen worden ist, dessen Wiedergutmachung wir und mit uns das deutsche Volk fordern müssen. Die im höchsten vaterländischen Interesse eingetretene grundsätzliche Sicht wird und soll uns nicht daran hindern, mit allen Kräften an dem vor uns liegenden schweren Werk der Sicherung und Stützung des oberschlesischen Deutschlands mitzuwirken. Mit diesem Gedanken grünen wir in schwerer Stunde unsere Brüder in Oberschlesien Jenkins der aufgeworfenen Grenze und bitten Sie, mit uns zusammenleben im unbelastbaren Glauben an den Tag der Wiedervereinigung mit dem Vaterland in einer besseren und glücklicheren Zeit. (Beifall rechts.)

Die Abstimmung.

Nachdem noch der Abg. Hößlein (Kom.) in abschließendem Sinne abgestimmt hatte, wurde in der Gesamtabstimmung der Vertrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommissionen abgelehnt. Deutlich auch die Abstimmung.

Die „befriedigende“ Reparationsnote.

Paris, 30. Mai. Wie die Morgenblätter mitteilen, hat die Reparationskommission noch gestern in vordergründiger Stunde die deutsche Note mit den Vorschlägen verglichen, die mit Hermes in den offiziellen Beipräsenzen beigelegt worden waren. „Petit Parisien“ schreibt, schon jetzt könne man sagen, dass die Note in ihren großen Zügen beständig ist und sie willig ist. Sie erkennt den Reparationskommissar zu vollkommen wie möglich ein. „Informationen“ über die finanzielle Lage des Reiches zu. Dieses Recht gestatte jedoch nicht die Möglichkeit einer Einschaltung in die Reichsverwaltung selbst. Diese bewahre ihre vollkommene Sonderfreiheit. Die deutsche Antwort schenke auch den Vorschlägen der Reparationskommission an entsprechend, da sie als Maximum der Papierabgabebelastung den Stand vom 31. März 1922 annehme, aber auf die Durchführung des internationalen Anleihe rechte. Endlich enthalte die deutsche Note unter anderem wesentlichen Punkten das Versprechen, einen Geheimnotizier vorzulegen, wonach die Kapitalflucht nach dem Auslande kontrolliert werden soll. (W. L. B.)